

13.09.90

AS

Verordnung

des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

Verordnung zu der Vereinbarung vom 25. Juni 1990 zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit des Königreichs Spanien über die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung

A. Zielsetzung

Durch die Vereinbarung vom 25. Juni 1990 sollen im deutsch-spanischen Verhältnis die in der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer, Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, festgelegten Verfahren zur Erstattung von Sachleistungen der Krankenversicherung vereinfacht und beschleunigt werden.

B. Lösung

Die Vereinbarung vom 25. Juni 1990 stützt sich auf die in den Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 den Mitgliedstaaten eingeräumte Ermächtigung zum Abschluß von den Verordnungen abweichenden Vereinbarungen.

Die Vereinbarung sieht Erfassungs-, Abrechnungs- und Vorschußverfahren vor, die im deutsch-spanischen Verhältnis einfacher und damit schneller zu handhaben sind als die entsprechenden Verfahren, die in der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 vorgesehen sind.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Durchführung der Verordnung nicht mit Kosten belastet.

13.09.90

AS

Verordnung

des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

Verordnung zu der Vereinbarung vom 25. Juni 1990 zwischen
dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundes-
republik Deutschland und dem Ministerium für Arbeit und
Soziale Sicherheit des Königreichs Spanien über die Erstat-
tung von Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung

Der Chef
des Bundeskanzleramtes
121 (311) - 811 00 - Kr 106/90

Bonn, den 13. September 1990

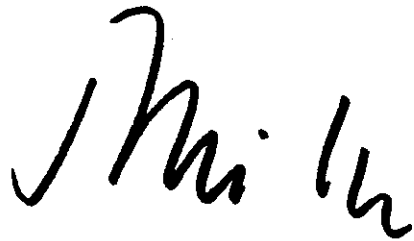
An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich die von dem Bundesminister für Arbeit und
Sozialordnung zu erlassende

Verordnung zu der Vereinbarung vom 25. Juni 1990
zwischen dem Bundesminister für Arbeit und
Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerium für Arbeit und Soziale
Sicherheit des Königreichs Spanien über die
Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen
der Krankenversicherung

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund
des Artikels 80 Abs. 2 des Grundgesetzes herbeizu-
führen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Seiters', written in a cursive style.

Rudolf Seiters

Verordnung
zu der Vereinbarung vom 25. Juni 1990
zwischen dem Bundesminister für Arbeit und
Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit
des Königreichs Spanien
über die Erstattung von Aufwendungen für
Sachleistungen der Krankenversicherung
Vom

Auf Grund des Artikels 1 Nr. 2, 5, 28, 29, 30 und 34 des Gesetzes vom 17. Mai 1974 über die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 (BGBl. 1974 I S. 1177) verordnet der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung:

Artikel 1

Die in Madrid am 25. Juni 1990 unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit des Königreichs Spanien über die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung wird hiermit in Kraft gesetzt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

613/90

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 6 des in der Eingangsformel genannten Gesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 13 in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 13 außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung

Begründung

Das Gesetz vom 17. Mai 1974 über die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 (BGBl. 1974 I S. 1177) ermächtigt den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, mit Zustimmung des Bundesrates in den im Gesetz aufgezählten Fällen durch Rechtsverordnung Vereinbarungen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft in Kraft zu setzen. Damit soll eine Vereinfachung des Verfahrens zur Inkraftsetzung und zur Änderung der im Rahmen der Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 und Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 geschlossenen Abkommen erreicht werden.

Zu Artikel 1

Abweichend von der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 sieht die Vereinbarung im wesentlichen folgendes vor:

Erstattung von Sachleistungen der Krankenversicherung durch spanische Träger:

- Für in der Bundesrepublik Deutschland wohnende Familienangehörige von Versicherten spanischer Krankenkassen und bei spanischen Krankenkassen versicherte Bezieher spanischer Renten und deren Familienangehörige werden bei der Inanspruchnahme von Sachleistungen der Krankenversicherung an Stelle von Pauschalbeträgen die tatsächlichen Kosten den deutschen Krankenkassen erstattet.

- Die von den spanischen Trägern zu erstattenden Beträge der kontrollärztlichen Untersuchungen werden in Höhe der Pauschalsätze in Rechnung gestellt, die innerstaatlich in Untersuchungsfällen Dritten berechnet werden.
- Die von den spanischen Krankenkassen zu erstattenden Beträge für Arzneimittel werden von den deutschen Krankenkassen in Höhe der Pauschalsätze in Rechnung gestellt, die zwischen den deutschen Krankenkassen im Falle der Leistungsaushilfe zur Anwendung kommen.

Erstattung von Sachleistungen der Krankenversicherung durch deutsche Träger:

Für in Spanien wohnende Familienangehörige von Versicherten deutscher Krankenkassen und bei deutschen Krankenkassen versicherte Bezieher deutscher Renten und deren Familienangehörige werden von der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 abweichende Erfassungs-, Abrechnungs- und Vorschußverfahren eingeführt, die einfacher zu handhaben sind und dadurch die Abwicklung beschleunigen.

Artikel 36 Abs. 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 in Verbindung mit Artikel 93 Abs. 6, 94 Abs. 6, 95 Abs. 6 und 105 Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 sehen derartige abweichende Vereinbarungen zwischen Mitgliedstaaten vor.

Die Verordnungsermächtigung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung mit Zustimmung des Bundesrates ergibt sich aus dem in der Eingangsformel genannten Gesetz, das für Änderungen wie die vorgesehenen das Verfahren der innerstaatlichen Inkraftsetzung vereinfacht.

Zu Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 6 des in der Eingangsformel genannten Gesetzes auch im Land Berlin.

Zu Artikel 3

Die Vorschrift enthält die üblichen Bestimmungen über das Inkrafttreten bzw. Außerkrafttreten der Verordnung und deren Bekanntgabe.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung der Verordnung nicht mit Kosten belastet.

Vereinbarung

zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der
Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Arbeit und
Soziale Sicherheit des Königreichs Spanien über die Erstattung
von Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit
des Königreichs Spanien -

- in der Absicht, in Abweichung von den Artikeln 94 und 95 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer, Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu-, und abwandern (im folgenden Durchführungsverordnung genannt), für die von den deutschen Krankenkassen an die in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Familienangehörigen der Versicherten spanischer Träger und an die Bezieher einer nach spanischen Rechtsvorschriften zu zahlenden Rente erbrachten Sachleistungen nach den im Einzelfall entstandenen tatsächlichen Aufwendungen abzurechnen,

mit dem Ziel, das Verfahren zur Erfassung der im Königreich Spanien lebenden anspruchsberechtigten Familienangehörigen von spanischen Arbeitnehmern oder Selbständigen, die in der Bundesrepublik Deutschland versichert sind, durch die deutsche Krankenversicherung zu vereinfachen, sowie die Abrechnung und Zahlung der Beträge zu beschleunigen, welche von den spanischen Trägern der Krankenversicherung für die genannten Familienangehörigen und für Rentenbezieher aufgewandt wurden und die von den deutschen Krankenversicherungsträgern zu erstatten sind,

im Hinblick darauf, daß in den nach tatsächlichem Aufwand abzurechnenden Leistungsfällen die Kosten der erbrachten Arzneimittel nicht oder nur schwer in der im Einzelfall entstehenden tatsächlichen Höhe genau festgestellt werden können,

in dem Bestreben, die Ermittlung der Kosten bei kontrollärztlichen Untersuchungen zu vereinfachen,

gestützt auf Artikel 36 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 (im folgenden Verordnung genannt) in Verbindung mit Artikel 93 Absatz 6, 94 Absatz 6, 95 Absatz 6 und 105 Absatz 2 der Durchführungsverordnung -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Hat ein Träger der deutschen Krankenversicherung für die in Artikel 19 Absatz 2 der Verordnung bezeichneten, in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Familienangehörigen oder für Rentenbezieher und deren Familienangehörige gemäß Artikel 28 Absatz 1 der Verordnung Sachleistungen erbracht, so werden die gemäß Artikel 36 der Verordnung zu erstattenden Beträge für diese Aufwendungen in entsprechender Anwendung des Artikels 93 Absätze 1, 4 und 6 der Durchführungsverordnung und in Abweichung von den Artikeln 94 Absätze 1 bis 5, Artikel 95 Absätze 1 bis 5 der Durchführungsverordnung bestimmt.

Artikel 2

Für die Eintragung beim spanischen Träger des Wohnorts der im Königreich Spanien wohnenden anspruchsberechtigten Familienangehörigen der bei deutschen Krankenkassen versicherten Arbeitnehmer und Selbständigen gemäß Artikel 17 Absätze 1 bis 4 der Durchführungsverordnung und die Führung der Verzeichnisse gemäß Artikel 94 Absatz 4 der Durchführungsverordnung wird wie folgt verfahren:

Der deutsche zuständige Träger der Krankenversicherung übersendet der für den Wohnort der Familienangehörigen des Versicherten zuständigen spanischen Provinzialdirektion des Instituto Nacional de la Seguridad Social eine Bescheinigung zur Eintragung der Familienangehörigen und für die Führung der Verzeichnisse in zweifacher Ausfertigung, sobald er vom Versicherten von der Anschrift seiner im Königreich Spanien wohnenden Familienangehörigen unterrichtet wurde; ein weiteres Exemplar der Bescheinigung erhält der Versicherte.

Artikel 3

Binnen drei Monaten nach Veröffentlichung der Pauschbeträge für das betreffende Abrechnungsjahr im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften übermitteln die deutschen zuständigen Träger der Krankenversicherung der deutschen Verbindungsstelle in jeweils dreifacher Ausfertigung

- a) für jede in Betracht kommende spanische Provinzialdirektion Verzeichnisse der Versicherten, deren anspruchsberechtigte Familienangehörige in dem betreffenden Kalenderjahr in Spanien wohnten,
- b) eine Gesamtaufstellung mit Angabe der Gesamtzahl der Pauschbeträge, die von dem deutschen Träger gemäß Artikel 94 der Durchführungsverordnung zu zahlen sind. Zugleich überweisen die deutschen Träger der Krankenversicherung der deutschen Verbindungsstelle unter Verrechnung der für das betreffende Kalenderjahr geleisteten Abschlagszahlung die sich aus den Abrechnungsunterlagen ergebenden Gesamtbeträge.

Artikel 4

Die deutsche Verbindungsstelle übersendet der spanischen Verbindungsstelle binnen zwei Monaten nach Ablauf der in Artikel 3 genannten Frist zwei Mehrausfertigungen der dort genannten Verzeichnisse. Sie fügt außerdem eine Gesamtaufstellung bei und überweist den sich daraus ergebenden Gesamtbetrag an die spanische Verbindungsstelle.

Artikel 5

(1) Die deutschen zuständigen Träger der Krankenversicherung zahlen bis zum 31. März eines jeden Jahres einen Vorschußbetrag für das vorausgegangene Kalenderjahr an die deutsche Verbindungsstelle, wenn bei ihnen in diesem Kalenderjahr mindestens 50 Personen mit anspruchsberechtigten Familienangehörigen im Königreich Spanien versichert waren. Als Vorschußpauschbetrag gilt der letzte von der Verwaltungskommission für die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer gemäß Artikel 94 der Durchführungsverordnung festgesetzte Monatspauschbetrag. Die Anzahl der Monate wird nach dem für die abschließende Abrechnung festgelegten Verfahren errechnet.

(2) Die deutsche Verbindungsstelle übeweist die Vorschußpauschbeträge unter Angabe der von den deutschen Trägern insgesamt gezahlten Beträge an die spanische Verbindungsstelle.

(3) Die Vorschußpauschbeträge werden bei der abschließenden Kostenabrechnung verrechnet.

Artikel 6

Die spanische Verbindungsstelle teilt innerhalb eines Jahres nach Empfang der in Artikel 3 genannten Abrechnungsunterlagen etwaige Beanstandungen in im einzelnen zu bezeichnenden Fällen der deutschen Verbindungsstelle für jeden in Betracht kommenden deutschen Träger mit.

Artikel 7

Die Artikel 3 bis 6 gelten entsprechend für die im Königreich Spanien wohnenden, bei den Trägern der deutschen Krankenversicherung versicherten Rentenbezieher und ihre Familienangehörigen.

Artikel 8

Die Verbindungsstellen für die Krankenversicherung vereinbaren die zur Anwendung dieser Vereinbarung erforderlichen Vordrucke.

Artikel 9

Abweichend von Artikel 93 Absatz 1 der Durchführungsverordnung werden die von den spanischen Trägern der Krankenversicherung zu erstattenden Beträge für Arzneimittel von den aushelfenden deutschen Trägern der Krankenversicherung in Höhe der Pauschalsätze in Rechnung gestellt, die zwischen den deutschen Trägern im Falle der Leistungsaushilfe zur Anwendung kommen.

Artikel 10

(1) Abweichend von Artikel 105 Absatz 1 der Durchführungsverordnung werden die von den spanischen Trägern der Krankenversicherung zu erstattenden Beträge für kontrollärztliche Untersuchungen, die von den aushelfenden deutschen Trägern der Krankenversicherung durchgeführt werden, in Höhe der Pauschalsätze in Rechnung gestellt, die innerstaatlich in Untersuchungsfällen Dritten berechnet werden.

(2) Die Kosten der medizinischen Inspektion für die Kontrolle der Arbeitsunfähigkeit im Königreich Spanien werden von den deutschen Trägern der Krankenversicherung nicht gesondert erstattet.

Artikel 11

Abweichend von Artikel 5 Absatz 1 zahlen die deutschen zuständigen Träger bis zum 31. Mai 1990 Vorschußbeträge für die Kalenderjahre 1987, 1988 und 1989. Die Weiterleitung dieser Beträge nach Artikel 5 Absatz 2 erfolgt bis zum 30. Juni 1990.

Artikel 12

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Spanien innerhalb von drei Monaten nach Unterzeichnung der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 13

Diese Vereinbarung tritt rückwirkend zum 1. Januar 1986 in Kraft mit Ausnahme des Artikels 1, der zum 1. Januar 1990 in Kraft tritt.

Artikel 14

Diese Vereinbarung gilt für die Dauer eines Jahres und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, sofern sie nicht von einer Vertragspartei spätestens drei Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Madrid am 25. Juni 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium für
Arbeit und Sozialordnung der
Bundesrepublik Deutschland

Norden

Für das Ministerium für
Arbeit und Soziale Sicher-
heit des Königreichs Spanien

Jiménez

ACUERDO

Entre el Ministerio de Trabajo y Seguridad Social del Reino de España y el Ministerio Federal de Trabajo y Ordenación Social de la República Federal de Alemania sobre reembolso de gastos de prestaciones sanitarias.

El Ministerio de Trabajo y Seguridad Social del Reino de España

y

El Ministerio Federal de Trabajo y Ordenación Social de la República Federal de Alemania

con la intención de exceptuar la aplicación de lo dispuesto en los Artículos 94 y 95 del Reglamento (CEE) nº. 574/72 del Consejo, de 21 de marzo de 1972, por el que se fijan las modalidades de aplicación del Reglamento 1408/71, para la aplicación de los regímenes de Seguridad Social a los trabajadores por cuenta ajena, a los trabajadores por cuenta propia, así como a los miembros de sus familias que se desplazan dentro de la Comunidad (denominado en adelante Reglamento de aplicación), con objeto de liquidar según los gastos reales producidos en cada caso, las prestaciones en especie servidas por las Cajas de Enfermedad alemanas a los familiares residentes en la República Federal de Alemania de los afiliados en la Seguridad Social española y a los titulares de pensiones o rentas debidas en virtud de la legislación española y,

con el fin de simplificar el procedimiento de registro por el Seguro de Enfermedad alemán de los familiares beneficiarios residentes en el Reino de España de trabajadores por cuenta propia o por cuenta ajena asegurados en la República Federal de Alemania, así como para acelerar la liquidación y el pago de los gastos soportados por las Entidades Gestoras de la Seguridad Social española en relación con los familiares mencionados y con los pensionistas, que deban ser reembolsados por las Entidades Gestoras alemanas del Seguro de Enfermedad,

teniendo además en cuenta que en los casos de prestaciones que deben liquidarse según los gastos reales, no puede precisarse la cuantía real de los costes de las prestaciones farmacéuticas que corresponden a cada caso concreto,

y con el empeño de simplificar la determinación de los gastos resultantes de los reconocimientos médicos de control,

al amparo del Artículo 36, apartado 3, del Reglamento (CEE) nº. 1408/71 del Consejo, de 14 de junio de 1971, (denominado en adelante Reglamento); en relación con los Artículos 93, apartado 6; 94, apartado 6; 95, apartado 6 y 105, apartado 2, del Reglamento de aplicación,

acuerdan lo siguiente:

Artículo 1

Si una Entidad Gestora alemana del Seguro de Enfermedad ha servido a los familiares residentes en la República Federal de Alemania a que se refiere el Artículo 19, apartado 2, del Reglamento o a los titulares de pensiones y a los miembros de su familia prestaciones en especie con arreglo al Artículo 28, apartado 1, del Reglamento, las cantidades a reembolsar por tales gastos al amparo del Artículo 36 del Reglamento se determinarán de conformidad con lo dispuesto en el Artículo 93, apartados 1, 4 y 6, del Reglamento de aplicación, en sustitución de lo previsto en los Artículos 94, apartados 1 a 5, y 95,

apartados 1 a 5, del Reglamento de aplicación.

Artículo 2

Para la inscripción en la Entidad Gestora española del lugar de residencia de los familiares residentes en España, beneficiarios de trabajadores por cuenta ajena o propia, asegurados en Cajas de Enfermedad alemanas, según el Artículo 17, apartados 1 a 4, del Reglamento de aplicación y a efectos de la cumplimentación de los registros a que se refiere el Artículo 94, apartado 4, del Reglamento de aplicación se procederá como sigue:

La Entidad Gestora competente alemana del seguro de Enfermedad, tan pronto como sea informada por el asegurado del domicilio de sus familiares residentes en España, remitirá a la Dirección Provincial del Instituto Nacional de Seguridad Social competente por el lugar de residencia de los familiares del asegurado, una certificación por duplicado para la inscripción de los mismos y para la cumplimentación de los registros. El asegurado recibirá otro ejemplar de la certificación.

Artículo 3

En el plazo de tres meses a partir de la publicación en el Diario Oficial de las Comunidades Europeas de las cuotas globales para el año contable correspondiente, las Entidades Gestoras alemanas competentes del Seguro de Enfermedad enviarán a la Oficina de Enlace alemana, por triplicado:

- a) por cada Dirección Provincial española que proceda, los registros de los asegurados cuyos familiares beneficiarios hayan vivido en España en el año civil correspondiente,
- b) una relación completa con indicación del número total de las cuotas

613/90

globales que haya de abonar la Entidad Gestora alemana a tenor del Artículo 94 del Reglamento de aplicación. Al mismo tiempo, las Entidades Gestoras alemanas del Seguro de Enfermedad transferirán a la Oficina de Enlace alemana las sumas totales que resulten de los documentos de liquidación, previa deducción de las cantidades ya pagadas a cuenta por el año civil correspondiente.

Artículo 4

La Oficina de Enlace alemana, una vez transcurrido el plazo a que hace referencia al Artículo 3, enviará a la Oficina de Enlace española dentro de los dos meses siguientes, dos copias de los registros en él mencionados. Adjuntará además, una relación general y remitirá a la Oficina de Enlace española la suma total que de ella resulte.

Artículo 5

1. Las Entidades Gestoras alemanas competentes del Seguro de Enfermedad abonarán cada año, hasta el 31 de marzo, un anticipo por las cuotas del año civil anterior a la Oficina de Enlace alemana, siempre que estén aseguradas en las mismas, en este año civil, al menos 50 personas con familiares beneficiarios en España. Como cuantía global anticipada se tomará la última cuota global mensual establecida por la Comisión Administrativa para la Seguridad Social de los Trabajadores Migrantes con arreglo a lo dispuesto en el Artículo 94 del Reglamento de aplicación. El número de meses se calculará de acuerdo con el procedimiento establecido para la liquidación definitiva.
2. La Oficina de Enlace alemana transferirá las cuotas globales anticipadas a la Oficina de Enlace española especificando las sumas globales abonadas en total por las Entidades Gestoras alemanas.
3. Los anticipos globales se deducirán al efectuarse la liquidación definitiva de los costés.

Artículo 6

La Oficina de Enlace española, en el plazo de un año a partir de la recepción de los documentos de liquidación a que hace referencia el Artículo 3, comunicará a la Oficina de Enlace alemana cualquier tipo de reparos que encuentre, haciendo una relación de los casos individuales por Entidades Gestoras alemanas afectadas.

Artículo 7

Los Artículos 3 a 6 se aplicarán por analogía respecto a los pensionistas residentes en España que estén asegurados en una Entidad Gestora del Seguro de Enfermedad alemán y a sus familiares.

Artículo 8

Las Oficinas de Enlace para el Seguro de Enfermedad alemana y la Oficina de Enlace española establecerán de común acuerdo los formularios necesarios para la aplicación del presente Acuerdo.

Artículo 9

Como excepción a lo dispuesto en el Artículo 93, apartado 1, del Reglamento de aplicación, las cantidades a reintegrar por las Entidades Gestoras de la Seguridad Social española en concepto de prestaciones farmacéuticas serán cargadas en cuenta por las Entidades Gestoras colaboradoras alemanas del Seguro de Enfermedad en la cuantía de las cuotas globales que sean de aplicación entre las Entidades Gestoras alemanas en los casos de colaboración en materia de prestaciones.

6/13/90

Artículo 10

1. Como excepción a lo dispuesto en el Artículo 105, apartado 1, del Reglamento de aplicación, las cantidades a reintegrar por las Entidades Gestoras de la Seguridad Social española en concepto de reconocimientos médicos de control llevados a cabo por las Entidades Gestoras colaboradoras alemanas del Seguro de Enfermedad serán cargadas en cuenta en la cuantía de las cuotas globales que se facturan por reconocimiento a terceros en el ámbito nacional.
2. Los gastos de inspección médica para el control de la incapacidad laboral en España no serán reembolsados por las Entidades Gestoras alemanas del Seguro de Enfermedad de forma separada.

Artículo 11

Como excepción a lo dispuesto en el Artículo 5, apartado 1, las Entidades Gestoras alemanas competentes abonarán hasta el 31 de mayo de 1990 los anticipos correspondientes a los años 1987, 1988 y 1989. La transferencia de dichas cantidades conforme al Artículo 5, apartado 2, se realizará hasta el 30 de junio de 1990.

Artículo 12

El presente Acuerdo se aplicará también al Land de Berlín, siempre que el Ministerio Federal de Trabajo y Ordenación Social de la República Federal de Alemania no haga una declaración contraria al Ministerio de Trabajo y Seguridad Social de España dentro de los tres meses siguientes a su entrada en vigor.

Artículo 13

Los efectos del presente Acuerdo se retrotraerán al 1 de

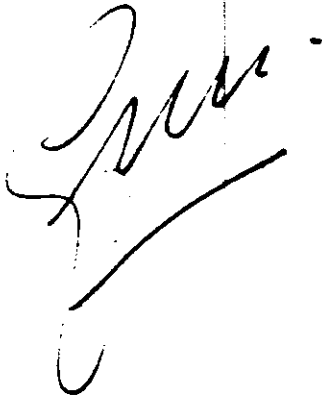
enero de 1986, con excepción del Artículo 1, que tendrá efectos desde el 1 de enero de 1990.

Artículo 14

El presente Acuerdo tendrá una validez de un año y se prorrogará por el mismo plazo siempre que no sea denunciado por escrito por una de las Partes Contratantes al menos tres meses antes de que haya vencido el plazo de validez correspondiente.

Hecho en Madrid el 25 de junio de 1990 en dos ejemplares, en lengua española y alemana, siendo ambos textos igualmente vinculantes.

POR EL MINISTERIO DE TRABAJO Y
SEGURIDAD SOCIAL DEL REINO DE
ESPAÑA,



POR EL MINISTERIO FEDERAL DE TRABAJO
Y ORDENACION SOCIAL DE LA REPUBLICA
FEDERAL DE ALEMANIA.



09.11.90

Beschluß
des Bundesrates

zur

Verordnung zu der Vereinbarung vom 25. Juni 1990 zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit des Königreichs Spanien über die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung

Der Bundesrat hat in seiner 624. Sitzung am 9. November 1990 beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes zuzustimmen.